Neue Freie Presse
16. I. 1919

Staatssekretär Dr. Steinwender über die Finanzen.

In einer Versammlung in Spittal a. d. Drau, die vor seiner Erkrankung stattfand, wurde Abg. Dr. Steinwender als Kandidat für die konstituierende Nationalversammlung aufgestellt. In dieser Versammlung hielt Dr. Steinwender eine Rede, in der er sich unter anderm über die Lage der Finanzen Deutschösterreichs nach einem Berichte der Klagenfurter „Allgemeinen Zeitung" folgendermaßen äußerte: „Wir müssen jede Stockung in unserer finanziellen Gebarung verhüten. Da der alte österreichische Staat schon im Frieden an einem Defizit gelitten hat und da die Ausgaben des neuen deutschösterreichischen Staates namentlich durch Schuldzinsen und durch Unterstützungen an Angestellte und Notleidende sehr gewachsen sind, so brauchen wir unbedingt neue Einnahmen, und zwar große Einnahmen, denn der Abgang für dieses Jahr kann auf 1800 Millionen Kronen geschätzt werden. Aus diesem Grunde habe ich Erhöhungen der Verbrauchsabgaben beantragt, also für Wein, Schaumwein, Spiritus, Bier. Da diese Mehrbelastungen die breiten Massen der Bevölkerung treffen, habe ich nur mäßige Erhöhungen der Grundsteuer und der allgemeinen Erwerbssteuer, dagegen starke Erhöhungen für die großen Einkommen, eine neue Besteuerung der Zinsen von Bankeinlagen und eine Reform der Erbsteuer beantragt. Erhöhung vieler Gebühren und andere Mehreinnahmen werden in nächster Zeit folgen. Natürlich ist eine solche Tätigkeit der Finanzverwaltung nicht populär, aber für jeden Vernünftigen selbstverständlich. Wir müssen die Gehalte und die Pensionen der Staatsangestellten bezahlen und wir müssen die Zinsen der Staatsschulden bezahlen. In den Kriegsanleihen sind nicht so sehr die Reichtümer der Großen, als die Ersparnisse der Kleinen, der Bauern und der Dienstboten angelegt. Ebenso sind die Einlagen bei den Sparkassen, die vorzugsweise von den Minderbemittelten stammen, für Kriegsanleihen verwendet worden, nicht minder die Reserven der Versicherungsanstalten. Würde also die Kriegsanleihe notleidend werden, so würden viele Hunderttausende ihre Ersparnisse und oft ihr einziges Einkommen einbüßen. Daher muß unter allen Umständen die Zahlungsfähigkeit des Staates aufrechterhalten werden. Daher müssen die Staatseinnahmen gesteigert werden und es wird keinen Leiter der Finanzen geben, der bei einem gewissen Maße von Verstand anders handeln könnte. Der Unterschied ist nur, ob die Lasten auf die mittellosen Massen des Volkes geworfen oder ob alle nach ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden, ob man im Dienste des Großkapitals stehen oder das Großkapital in den Dienst der Allgemeinheit heranziehen will, ob einem mehr liegt an dem Gedeihen einiger weniger Großbetriebe oder an dem aufrechten Bestande von Hunderttausenden Bauern und Bürgern. Ich habe niemand darüber im Zweifel gelassen, wie ich mich stelle und gegebenenfalls in Zukunft stellen werde. Daher werde ich, wenn ich an maßgebender Stelle bleiben sollte, in erster Linie die Kriegsgewinner heranziehen und in zweiter Linie die größeren Vermögen überhaupt. Selbstverständlich soll darunter die Produktion nicht leiden. Die Ansammlung großer Vermögen zu fördern ist meine Aufgabe nicht. Gelingt es, Ordnung in dem Staatshaushalt zu bringen, dann werden die Angestellten der Staaten in ihren Rechten nicht geschmälert werden. Die Jugend wird allerdings gut tun, sich andere und einträglichere Berufe zu suchen als den Staatsdienst. Nützen wir die nächsten paar Jahre zum Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen und finanziellen Lebens aus, dann sind wir auch gerüstet für alles, was die weitere Zukunft bringt. Von unserer Arbeit in der nächsten Zeit hängt die ganze Zukunft ab. Möge sie eine glückliche für unser Volk sein!" Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall.